



# Bundes- tags- brief

Nr. 145 • Die Woche im Bundestag • 14.03.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Politische Lösung für die Ukraine.

Mit großer Sorge blicken wir auf die Geschehnisse in der Ukraine. Durch die revolutionären Umbrüche ist die bisherige Regierung verdrängt, die neue aber ist noch nicht überall im Land handlungsfähig. Umso bitterer ist es, dass Russland als übermächtiger Nachbar der Ukraine diese Situation ausnutzt und – wie völlig aus der Zeit gefallen – territoriale Geländegewinne anstrebt, indem es völkerrechtswidrig die Krim besetzt und von der Ukraine abzuspalten versucht. Verhaltensmuster wie vor 100 Jahren, als sich die Staaten Europas aus machtpolitischem Kalkül und rein nationalen Interessen in einen Krieg hineinziehen ließen, der unseren Kontinent an den Abgrund geführt hat, sind der falsche Weg. Die Zukunft unseres Kontinents muss auf anderen Pfeilern ruhen: Frieden, Souveränität, Verständigung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Freiheit.

Deswegen werden wir alles tun, damit die Situation auf der Krim und der Ukraine als Ganzes auf politischen Wegen einer guten Lösung zugeführt wird. Wir werden dabei besonnen vorgehen und weder den Menschen in der Ukraine unerfüllbare Versprechungen machen noch unsere eigenen Möglichkeiten überschätzen. Ebenso klar ist aber auch: Wir werden alles tun, um die Lage der Menschen in der Ukraine zu verbessern. Sie haben sich mutig und entschieden für einen proeuropäischen Kurs ihres Landes eingesetzt. Dies zeigt auch die Attraktivität unseres europäischen Modells und unserer westlichen Werte. Die milliardenschweren Hilfszusagen der Europäischen Union sind ein richtiges und ermutigendes Zeichen.

Darüber hinaus ist entscheidend, dass sich die Staaten der Europäischen Union auch in dieser Krise nicht auseinanderdividieren lassen. Nur so

werden wir erreichen, dass die russische Machtpolitik auch künftig vor den Grenzen der EU halt macht. Jenseits dieser Grenzen, in Weißrussland, in der Ukraine oder auf dem Kaukasus sind Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und der friedliche Ausgleich von Interessen dagegen nach wie vor keine Selbstverständlichkeiten.

Wie grundlegend anders dagegen geht es in Europa der 28 zu. Auch angesichts manch schriller eurokritischer Töne von Links und Rechts tun wir gut daran, uns die große Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses für jeden Einzelnen von uns und für die Völker im gemeinsamen Haus Europa vor Augen zu führen. Und wir sind froh, dass es mittlerweile das ganze Haus Europa ist.

Fast ein Jahrzehnt ist es nun schon her, dass zahlreiche mittel- und osteuropäische Staaten nach dem Abschütteln der kommunistischen Herrschaft ihre Freiheit in der Europäischen Union verankern konnten. Nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahr 1990 konnte 2004 durch den Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Sloweniens auch die Spaltung Europas in Ost und West überwunden werden. Dass Kriege in Europa der 28 nicht mehr denkbar sind, ist kein Geschenk des Himmels, sondern Folge einer aktiven und umsichtigen Europapolitik. Für eine solche Politik stehen die Bundesregierung unter Angela Merkel und unsere Bundestagsfraktion.

## Historische Zäsur.

Der Bund will im nächsten Jahr erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auskommen. Damit hätten wir endlich die Zeitenwende geschafft, auf die wir im Interesse unseres Landes so lange hingearbeitet haben. Der Haushaltsentwurf für dieses Jahr muss wegen der Bundestagswahl im

Herbst von der Bundesregierung erneut beschlossen und dem Deutschen Bundestag zu Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

Für 2014 plant die Regierung noch mit einer Nettokreditaufnahme von 6,5 Mrd. Euro, von denen allerdings 4,3 Mrd. Euro allein als letzte Rate zum Aufbau des Eigenkapitals beim Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) dienen. Wir halten die Vorgaben der Schuldenbremse deutlich ein und haben sogar einen kleinen Puffer. Strukturell ist in diesem Jahr sogar ein kleiner Überschuss möglich. Ab 2015 kommt der Bundeshaushalt völlig ohne neue Kredite aus. Wir werden im Zuge der parlamentarischen Beratungen alles tun, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

### **Digitale Potenziale.**

Die weltweit größte Messe für Informationstechnik (CeBIT), die in dieser Woche unter dem Motto „Datability“ stattfindet, ist für uns Anlass, dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Antrag zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland vorzulegen. Unsere Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-Branche ist mit über 86.000 Unternehmen, 900.000 Beschäftigten und 228 Mrd. Euro Umsatz ein bedeutender Industriezweig der deutschen Wirtschaft. Wir wollen traditionelle deutsche Stärken in Bereichen wie Industrie, Energie, Gesundheit, Tourismus oder Mobilität durch Stärkung der Nutzung von Big Data, Cloud-Anwendungen, Smart Services oder Industrie 4.0 noch mehr zum Tragen bringen. Außerdem wollen wir die Gründerkultur stärken - und damit den Mittelstand von morgen.

Aktuell müssen wir neues Vertrauen in das Internet schaffen und ein besonderes Augenmerk auf IT-Sicherheit sowie die Abwehr von Industriespionage legen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg zu bringen. Im vergangenen Monat haben wir den neuen Bundestags-Ausschuss „Digitale Agenda“ ins Leben gerufen. Wir greifen damit auf, dass die Digitalisierung immer mehr wirtschaftliche und gesellschaftliche Lebensbereiche durchdringt und verknüpft. Unsere Aufgabe liegt vor allem darin, die großartigen Chancen zu nutzen und Risiken wirksam entgegenwirken.

### **Daten und Fakten**

**Gute Stimmung bei Industrie und Bevölkerung.** Jedes dritte Industrieunternehmen in Deutschland erwartet für die nächsten zwölf Monate eine Besserung der Geschäftslage. Das geht aus dem aktuellen Industriereport hervor, für den 7.800 Unternehmen befragt wurden. Nur 10 Prozent rechnen demnach mit schlechteren Geschäften. Der Saldo der Geschäftserwartungen liegt damit bei 24 Punkten, das sind 10 Punkte mehr als noch im Herbst 2013. Besonders erfreulich ist der Saldo der Beschäftigungsabsichten der Unternehmen: Mit 5 Punkten liegt er weit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (-6 Punkte). Für das nächste Jahr kann daher mit der Schaffung von 40.000 neuen Arbeitsplätzen gerechnet werden.

Die gute Stimmung der Unternehmen deckt sich auch mit der Stimmung der Bevölkerung: So ist der Anteil derjenigen, die mit Hoffnungen auf das Jahr sehen, seit August 2013 von 47 Prozent auf aktuell 59 Prozent gestiegen. Auch glauben immer mehr Menschen, dass es mit der deutschen Wirtschaft im nächsten halben Jahr bergauf geht: Der Anteil stieg von 21 Prozent im August 2013 auf aktuell 35 Prozent. (Quellen: DIHK; Institut für Demoskopie Allensbach)

**Doppelbelastung.** Nach einer Vorabauswertung der offiziellen Erwerbstätigenbefragung aus dem Jahr 2012 trifft die Doppelbelastung von Erwerbs- und Hausarbeit Frauen stärker als Männer: Sind Kinder vorhanden, fühlen sich 55,9 Prozent der Frauen in Vollzeit an Arbeitstagen müde, matt oder erschöpft. Bei Männern beträgt diese Quote 43,7 Prozent. Aber auch ohne Kinder ist der Unterschied beträchtlich: 52,7 Prozent der Frauen, aber nur 41,8 Prozent der Männer, spüren am Ende des Arbeitstages Müdigkeit und Erschöpfung. Bei Vollzeit mit überlanger Arbeitszeit liegt die Belastung naturgemäß noch einmal höher: 65,8 Prozent bei Frauen und 59,6 Prozent bei Männern. Bei Teilzeitkräften dagegen reduziert sich diese Last und weist auch nicht mehr so große Unterschiede zwischen Frauen und Männern auf. Besonderheit hier: Männer mit Kindern fühlen sich weniger gestresst als kinderlose in Teilzeit arbeitende Männer. (Quelle: Hans-Böckler-Stiftung)